



PRESSEMITTEILUNG

Erste Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Bauwirtschaft spürbar

Baugewerbe fordert Preisgleitklauseln, eine Entlastung bei der Energiesteuer auf Benzin und Diesel sowie keine weitere Verschärfung energetischer Maßnahmen bei Bauprojekten in diesem Jahr

Berlin, 15.03.2022. „Die Sanktionen wegen des Angriffskrieges gegen die Ukraine werden durch das Baugewerbe vorbehaltlos unterstützt“, sagt Dr. Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau. „Nur vereinter wirtschaftlicher Druck kann in dieser Situation etwas bewirken.“

Der Krieg selbst und die Sanktionen haben bereits jetzt Auswirkungen auf das regionale Baugewerbe. Durch die Abhängigkeit der deutschen Raffinerien von Öllieferungen aus Russland droht ein Ausfall von bis zu einem Drittel der hiesigen Bitumenversorgung, mit entsprechenden Auswirkungen auf den deutschen Straßenbau. „Bereits jetzt haben sich die Preise für den Asphalt um zehn Prozent und mehr erhöht“, sagt Manja Schreiner. Auch die Preise für Baustahl sind wegen des Krieges massiv gestiegen. Rund 30 Prozent des in Deutschland verwendeten Baustahls kommt aus Russland, der Ukraine und Weißrussland. „Hier hat sich bereits jetzt das Angebot deutlich verknappt“, weiß Manja Schreiner. Auch Rohre und Aluminiumprodukte sind schon jetzt betroffen. Ein weiterer enormer Kostentreiber sind die erheblichen Preissteigerungen für Elektroenergie, Benzin und Diesel.

Dazu sagt Manja Schreiner: „Die Auswirkungen auf die regionale Bauwirtschaft müssen dringend abgefedert werden. Es handelt sich um kleine und mittlere Unternehmen, deren Gewinnspanne und Liquidität gering ist. Etwaiges Vermögen ist als Betriebsvermögen in Maschinen und Anlagen gebunden. Gerade mit Blick auf die ambitionierten Wohnungsbauziele in Berlin und Brandenburg und die anstehenden massiven Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen bei der Straßen- und Brückeninfrastruktur brauchen wir unbürokratische Maßnahmen zur Sicherung der Bautätigkeit. Notwendig ist die sofortige Einführung von Stoffpreisgleitklauseln, auch für laufende Verträge, um wichtige Bauaufgaben fortführen zu können. Ebenso muss die Wirtschaft durch Steuersenkungen bei der Energiesteuer entlastet werden. Außerdem dürfen in diesem Jahr keine weiteren Kostentreiber, z.B. durch die Klimaschutzgesetze eingeführt werden. Denn wenn die Baufirmen jetzt in die Knie gehen, dann gibt es niemanden mehr, der die Ziele des Wirtschafts- und Klimaschutzministers umsetzen kann.“

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. vertritt die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Sie betreut rund 900 Mitglieder und ist damit der größte Bauarbeitgeber- und Bauwirtschaftsverband in der Region. Weitere Informationen unter www.fg-bau.de

Pressesprecher:
Thomas Herrschelmann
Tel.: 030 / 86 00 04-57 | Mobil: 0151 / 422 670 76
E-Mail: herrschelmann@fg-bau.de